

# Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.  
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 M.  
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag  
J. M. Bed'sche Buchdruckerei  
Dillkreis.

Inserate: Kleine Beizeile 20 Pfg.  
Fernruf: Nr. 20.  
Postkontonummer: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 39.

Freitag, den 15. Februar 1918.

75. Jahrgang.

## Geht es abwärts?

Englische Beobachter sind es, die behaupten, daß Lloyd George nach seiner letzten Rede im Unterhause den Eindruck eines müden, abgearbeiteten, von der Siegeshoffnung seiner Sache nicht mehr überzeugten Mannes gemacht habe. Als er den Sitzungssaal verließ, seien seine Kollegen in häßlich niedergeschlagener Stimmung zurückgeblieben, und man habe das Gefühl gehabt, als ob eine politische Krise in der Luft wäre. Es scheint danach, daß man sich auf Überraschungen in England gefaßt machen muß; es wäre nicht das erste Mal, daß Wetterzeichen in der Heimat einer militärischen Katastrophe im Felde voranleuchten.

Sucht man den Ursachen des Mißbehagens nachzugehen, das im englischen Volk nach irgendeiner Entscheidung drängt, so sind es anscheinend die Beschlüsse des Versailler Kriegsrats, denen man kein volles Vertrauen entgegenbringen mag. Nicht die stolze Verkündung, daß der Krieg trotz aller Friedensangebote der Mittelmächte mit äußerster Kraft weitergeführt werden würde; an dieser unerbittlichen Hartnäckigkeit hat die öffentliche Meinung in England gar nichts auszusetzen. Aber aus den bestigen, streng geheim gehaltenen Abmachungen scheint manches durchgedrungen zu sein, was die kritischer veranlagten Gemüter in höchstem Maße beunruhigt. In ihrem Namen hat Asquith den Ministerpräsidenten um Aufklärung. Dieser aber hüllte sich in den Mantel des Staatsgeheimnisses und beschwor förmlich das Unterhaus, nicht weiter in ihn zu dringen, wenn er nicht dem Feinde die allerwichtigsten Fingerzeige für das, was das Frühjahr ihm bringen solle, vermitteln wolle. Dazu könne und werde er seine Hand nicht bieten, und wenn das Parlament sich in dieser Frage nicht hinter ihn stelle, dann müßte er sich eine andere Regierung suchen. Haig und Robertson, die beiden Oberbefehlshaber des britischen Heeres, seien bei den Beratungen in Versailles natürlich zugegen gewesen, und wenn man kein Vertrauen habe, dann müßten auch diese beiden Männer erlistet werden. Wenn aber die Presse sich dieser Angelegenheit bemächtigen wolle, so hieße das die Führung des Krieges unmöglich zu machen. Die Lösung müsse jetzt heißen: Schluß mit der Debatte; er wenigstens werde sich an ihr nicht länger beteiligen.

Es geht also um die militärische Führung auf der Entente-Seite, soviel ist klar. Man weiß nicht erst seit heute, daß die Leistungen der Haig und Robertson namentlich seit der letzten, blutig gescheiterten Flandernoffensive von heimischen Sachverständigen heftig bekräftigt werden, denen das Herz zittert bei dem Gedanken, daß diesen Männern auch die voraussichtlich endgültigen Entscheidungen des Jahres 1918 anvertraut bleiben sollen. Und deshalb scheint man in London bis auf weiteres entschlossen zu sein, nicht still zu halten, trotz der heftigsten Witten Lloyd Georges; es steht eben wieder auf dem Spiel. Die „Daily News“ betonen die Notwendigkeit, die Angelegenheit bis auf den Grund zu prüfen. Vor allem müsse das Unterhaus erfahren, ob die britischen Heerführer dem französischen Oberbefehl unterstellt worden sind. Das Blatt nennt in diesem Zusammenhang den Namen des Generals Rivelle, der, wenn wir nicht irren, in Frankreich als „Bluthund“ gekennzeichnet wurde — Verdunkeln Angelegenheiten. Wenn wirklich er und nicht der General Foch an die Spitze der Westarmee gestellt sein sollte, so wäre allerdings zu begreifen, daß man in England den kommenden Ereignissen nur mit Schrecken entgegensteht. Das Blatt verlangt bessere Gründe als die bisher gehörten für die Wahl gerade dieses Mannes, die es als Ausflüchte abtut. Auch den Einwand will es nicht gelten lassen, daß es sich um eine abgemachte Sache handle und daß man keine Angelegenheiten gegenüber den Bundesgenossen herbeiführen dürfe. Wenn das Parlament nicht konsequent und entschlossen handle, werde es noch zu ganz anderen Angelegenheiten kommen. Es müsse, geschehe was da wolle, deutlich gemacht werden, daß England von Westminster und nicht von Versailles regiert werde.

Das sind scharfe Worte, die unmöglich ohne Echo bleiben können. Sie lassen erkennen, wie gering in Wahrheit das gegenseitige Vertrauen der Bundesgenossen auf ihre militärische Zuverlässigkeit ist, und was man von den pompösen Erklärungen zu halten hat, mit denen sie regelmäßig nach ihren Konferenzen und Zusammenkünften auseinandergehen. Wenn schon Lloyd George die Welt in der Heimat nicht mehr beherrschen kann, dann muß es unfehlbar abwärts gehen mit der Siegeszuversicht in England. Für die bevorstehenden Entscheidungskämpfe im Westen laßt die rechte Stimmung!

## Scharfe Stimmung gegen Lloyd George.

Eine Anzahl Londoner Blätter, vor allem der radikale „Star“, behaupten, die Stellung des Kabinetts Lloyd George sei stark erschüttert. Das Ansehen des Ministerpräsidenten habe Mittwoch einen erheblichen Stoß bekommen, daran sei nicht zu zweifeln. Der Schriftleiter der „Daily News“, Gardiner, richtet einen offenen Brief an den Leiter der Liberalen Partei. Der Brief ist eine äußerst vernichtende Anklageschrift gegen die Regierung Lloyd Georges, deren unaufrichtiger Zustand bekunden mit Hilfe der seit Kriegsbeginn bestehenden Verbindung zwischen Lloyd George und Northcliffe und deren Amtsführung mittels einer Kette erregenden Pressetamaras der Schreiber in den schärfsten Ausdrücken geißelt. Gardiner wirft dem Ministerpräsidenten Günstlingswirtschaft, Mänsche, Ausschaltung des Parlaments und unheilvolle Gelegenheitspolitik ohne große Gedanken vor. Das Volk habe alles Vertrauen in die Regierung verloren, die in Bezug auf die Kriegsziele kein Unaufrichtigkeit gezeigt habe. „Wir wollen“, laßt

warmer, „keine Annexionen, keine Kriegsschädigung zur Strafe. Wir wollen das Schwert vernichten, um die Grundlage für einen Völkervertrag zu legen, um die Lehre der Selbstbestimmung in allen Ländern durchzuführen, um die Abrüstung zu erzwingen und einen Völkerbund zu gründen und um unsern Kindern die Möglichkeit einer besseren Erbschaft zu geben, als der einer für den ewigen Krieg organisierten Welt.“ Die liberale Partei dürfe nicht länger stillstehen und dem Paradiespiel der jetzigen Regierung länger zusehen. Sie dürfe das bedrohliche Versailles Geheimnis nicht gebulld hinnehmen und sich nicht mit der Bräse, daß Offenheit nicht im öffentlichen Interesse liege, abweisen lassen, wo Männer, die keine Partei hinter sich hätten, politisch bankrott seien und mit der Hungersnot und mit Millionen Menschenleben spielten. England brauche eine Regierung, die volles Vertrauen des Volkes besitze und unzweifelhaft für die Grundzüge: Keine Annexionen, keine Kriegsschädigung als Strafe, nationale Selbstbestimmung und Völkerbund eintrete. Gardiner schließt: Die erste Voraussetzung eines reinlichen Friedens ist, daß wir eine reinliche Regierung haben.

## Balfour sucht zu retten.

Im Unterhause verlor die Mittwoche der Minister des Auswärtigen Balfour der bedrohten Regierung neue Stützen zu geben. Er wandte sich gegen die Angriffe mehrerer Abgeordneten auf den obersten Kriegsrat in Versailles. Dieser sei in erster Linie zur Besprechung der großen militärischen Fragen zusammengekommen und habe eine Erklärung über die Schlüsse aus den Reden Hertlings und Czernins abgegeben, er habe aber nicht die Kriegsziele besprochen. In den Reden Hertlings und Czernins habe der oberste Kriegsrat seine Friedensannäherung gefunden. Es habe keinen Sinn, der Regierung vorzuwerfen, sie bediene sich nicht diplomatischer Mittel. Das hätte nur dann Zweck, wenn man mit einem Volke zu tun habe, das entschlossen sei, zu einer Übereinstimmung zu gelangen. Die Mittelmächte hätten aber offen gezeigt, daß sie keine solche Absicht hätten.

Nach den Äußerungen der Presse hat diese Wiederholung aus den seitdem bekannten Kriegsräten Lloyd Georges durch Balfour die gegen das Kabinett herrschende Mißstimmung in keiner Weise bewirkt oder eingebremst.

## Kaiser Karl an seine Völker.

Friedenshoffnungen.

Wien, 14. Februar.

In einem Erlass an die Völker Österreichs weist Kaiser Karl darauf hin, daß die siegreichen Waffen und die ausdauernde und aufrichtige Friedenspolitik in gleicher Weise zum Abschluß des Friedens mit der Ukraine beigetragen habe. Dann heißt es weiter in dem Erlass:

Vereint mit meinen schwer geprüften Völkern vertraue ich darauf, daß nach dem ersten für uns so erfreulichen Friedensschlusse bald der allgemeine Friede der leidenden Menschheit gedient sein werde. Unter dem Eindruck dieses Friedens mit der Ukraine wendet sich unser Blick voll Sympathie jenem strebsamen jungen Volke zu, in dessen Herzen zuerst unter unsern Gegnern das Gefühl der Nächstenliebe wirkte und welches nach in zahlreichen Schlachten bewiesener Tapferkeit auch dazu genügende Entschlossenheit besaß, um seiner besseren Überzeugung vor aller Welt durch die Tat Ausdruck zu verleihen. So schied es denn als erstes aus dem Lager unserer Feinde aus, um im Interesse der möglichst raschen Erreichung des nunmehr gemeinsamen großen Zieles seine Bestrebungen mit unserer Kraft zu vereinen.

Zum Schluß erklärt der Monarch, daß er sich mit seinen Völkern in dieser Stunde des ersten Friedensschlusses ebenso eins fühle, wie in dem felsenfesten Entschlusse, den Kampf bis zur Erreichung eines ehrenhaften Friedens durchzuführen.

## Die Lage im Osten.

Weitere Beratungen im Hauptquartier.

Berlin, 14. Februar.

Von maßgebender Seite wird darauf hingewiesen, daß der Befehl zu der Demobilisierung, den Trotski und die Volkskommissare am Sonntag durch Funkpruch erteilt hatten, an demselben Tage, vier Stunden danach, wieder zurückgezogen worden ist. Eine Demobilisierung des russischen Heeres ist also tatsächlich nicht erfolgt.

Aber die durch den Abbruch der Verhandlungen in Brest-Litowsk geschaffene Lage wird von zuverlässiger Seite folgendes mitgeteilt:

Durch die Trotskischen Erklärungen ist eine Situation geschaffen, wie sie in der Weltgeschichte wohl noch nie dagewesen ist. Verschiedene aus dieser Lage sich ergebende Probleme bilden argzeitig bekanntlich den Gegenstand der Beratungen im Großen Hauptquartier, die zu einer vollen Übereinstimmung der Auffassungen zwischen der militärischen und der politischen Leitung geführt haben und die noch fortgesetzt werden. Besonders interessant ist das Waffenstillstandsproblem, d. h. die Frage, ob der Waffenstillstand überhaupt noch zu Recht besteht oder nicht. Der Waffenstillstand ist seinerzeit ausgesprochen zu dem Zweck

abgeschlossen worden, den Frieden zwischen den beiden Teilen herbeizuführen. Nun, nachdem der Abschluß eines Friedens überhaupt nicht erfolgt ist und auch nicht in naher Aussicht steht, ist also der Hauptzweck des Waffenstillstandsvertrages überhaupt verschwunden, und die Auffassung liegt nahe, daß nach Ablauf der vorgesehenen Frist damit der Kriegszustand automatisch wieder in Kraft tritt, eine Tatsache, an der auch die einseitige Demobilisierung Rußlands nichts ändern würde.

## Graf Czernin über den Friedensschluß.

Der österreichische Minister des Auswärtigen, Graf Czernin, antwortete auf eine Begrüßung bei seiner Rückkehr nach Wien:

„Das, was in Brest-Litowsk geschehen ist, ist noch nicht das Ende, aber es ist der Anfang des Weltfriedens. Nicht nur politische Krankheiten sind anstehend, auch politische Genesungen, auch der Friede wirkt anstehend, was die Zukunft beweisen wird. Brest-Litowsk ist aber auch in wirtschaftlicher Beziehung bedeutungsvoll. Was dort geschlossen wurde, ist ein Brotfriede, das Gegenteil von dem, was man einen Hungerfrieden nennt. Gewiß sind die Schwierigkeiten, die dem Transport entgegenstehen, noch bedeutend. Aber es sind alle Vorkehrungen getroffen. Und wenn auch die Verhältnisse sich nicht rasch von Tag zu Tag bessern werden, so werden sie sich doch von Monat zu Monat bessern.“

## Die Zukunft Litauens.

Bischof Remeis von Kovno, der im Großen Hauptquartier und in Berlin mit den leitenden Personen über die litauische Frage verhandelt hat, erklärte in einer Unterredung mit einem Berliner Zeitungsverleiher, er sei gekommen, um den deutschen leitenden Stellen nahezu legen, daß die Zeit gekommen sei, ein selbstständiges Litauen zu schaffen, das natürlich Anlehnung an Deutschland finden würde. Dem größten Teil der litauischen Bevölkerung schwebt die Schaffung eines monarchischen Staatswesens auf christlich-konservativer Grundlage vor. Nur wenig zahlreiche Elemente veruchen auf neue Beziehungen mit Rußland anzuknüpfen. Nach Meinung des Bischofs Remeis bildet die litauische Sache bereits den Gegenstand von Erörterungen im Großen Hauptquartier.

## Der Streit um Cholm grumblos.

Wien, 14. Febr. Von informierter Seite wird mitgeteilt, der Friede mit der Ukraine war nur gegen das Zugeständnis bezüglich des Cholmgebietes zu erlangen. Cholm ist in ethnographischer Beziehung gemischtes Land, so daß von einer Zugehörigkeit zu Polen nicht gesprochen werden kann. Die Detailabgrenzung wird einer gemischten Kommission übertragen, wobei dem polnischen Element Einfluß eingeräumt wird.

## Lenins und Trotskis Stellung erschüttert.

Petersburg (indirekt), 14. Febr. Die Stellung Lenins und Trotskis gilt als stark erschüttert. Die Auflösung der Smolny-Regierung soll unmittelbar bevorstehen.

## Die finnische Bürgergarde.

Stockholm, 14. Febr. Die Zahl der zur finnischen Bürgergarde gehörenden Kämpfer wird auf 80000 geschätzt. Die Tront der finnischen Truppen ist fest, wenn es sich auch nicht um eine völlig geschlossene Schützengrabenlinie handelt.

## Die Verhandlungen mit Rumänien.

Berlin, 14. Febr. Ueber die Verhandlungen mit Rumänien ist Genaueres noch nicht bekannt. Zunächst dürften rumänische Bevollmächtigte, die über die Verlängerung des Waffenstillstandes verhandeln sollen, an einem dazu bestimmten Orte eingetroffen sein, und man wird nicht überrascht sein, wenn man in den nächsten Tagen hören sollte, daß auch politische Persönlichkeiten sich einfänden.

## Die letzten Sitzungen in Brest-Litowsk.

Berlin, 14. Februar.

Aber den Verlauf der beiden letzten Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen, die mit der bekannten Erklärung Trotskis schloß, liegt jetzt ein ausführlicher Bericht vor, dem wir nachstehendes entnehmen: Staatssekretär v. Kühlmann erklärte, daß nach dem bisherigen Verlauf der jetzt eingehenden Debatten eine erhebliche Annäherung der beiderseitigen Standpunkte nicht habe erzielt werden können. Vielleicht ließe sich aber doch noch über die politischen und über die Handelsfragen ein Weg der Verständigung ausfindig machen! Nachdem dann Graf Czernin darauf hingewiesen hatte, daß theoretische Erörterungen wenig Aussicht auf Einigung böten, entgegnete Trotski, daß die Annäherung, die die Gegenpartei dem Grundsatze der Selbstbestimmungsrechte der Völker gehen wolle, der Ablehnung dieses Grundsatzes gleichkomme. Er protestierte darauf eingehend gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Ukraine und schloß mit der Bemerkung, daß für das ukrainische Volk und für die Regierung ganz Rußlands dieser Vertrag gesunglos sei.

Staatssekretär v. Kühlmann schlug nun vor, die Frage der neuen Grenzführung (gegen Rußland) einer Unterkommision zu überweisen. Deutschland habe immer auf ein freundschaftliches Verhältnis zu Rußland Wert gelegt und werde das auch in Zukunft tun und sich nicht in Rußlands innerpolitische Verhältnisse einmischen. Der Friedensschluß mit der Ukraine stehe hier nicht mehr zur Erörterung. Was das Selbstbestimmungsrecht der Völker angehe, so seien die verhandelnden Regierungen bereit, durch planmäßigen Ausbau der bestehenden Vertretungskörper die Möglichkeit einer Kundgebung auf breiter Grundlage zu schaffen.

Graf Czernin betonte, daß das Verhältnis der Ukraine zur Petersburger Regierung den Verbund nichts angehe. Durch den Friedensvertrag sei die Ukraine für die Mittelmächte ein neutraler Staat geworden, und dasselbe würde



mir zugunsten der Fall sein, wenn es zu einem Friedensschluß kam. Nachdem Trojki sich mit dem Zusammentritt einer militärisch-technischen Kommission zur Prüfung der Grenzlinie einverstanden erklärt hatte, erinnerte Staatssekretär v. Kühlmann daran, daß die Mittelmächte die Räumung gewisser Gebiete zugesagt hätten, unter der Bedingung der gleichzeitigen statufindenden Räumung der Gebiete ihrer Verbündeten. Als Zeitpunkt für die Räumungspflicht sei die russische Demobilisierung in Aussicht genommen gewesen; die Mittelmächte seien jedoch hinsichtlich dieses Zeitpunktes zu Konzeptionen bereit. Trojki erwiderte, daß Rußland seine Truppen ebenso wie aus Serbien aus dem türkischen Gebiet zurückziehen werde. Nach einigen Bemerkungen über die Allandfrage wurde die Sitzung geschlossen.

## Die Randvölker Rußlands.

Der Zusammenbruch des Sarenreiches und der damit begonnene Verfall des bisherigen Riesenstaates Rußland in seine aus den verschiedensten Völkern bestehenden Bestandteile hat eine Reihe von schwierigen politischen und völkerrechtlichen Fragen aufgeworfen. Unserem Interesse



liegen die an der deutsch-österreichischen Obergrenze liegenden Gebiete am nächsten. Der Friedensschluß mit der neuen Volksrepublik der Ukraine, das werdende selbständige Finnland, die polnische Krise, die Gestaltung der Dinge in Rumänien, Litauen, Estland, Litauen nehmen einen breiten Raum im öffentlichen Meinungsaustausch ein. Die Diplomatie steht vor schwierigen und weittragenden Aufgaben mancher Art, während im sich zerlegenden Rußland wilde Gärung herrscht und kaum zu übersehen ist, welche endgültige Gestaltung aus den Wirnissen hervorgehen wird. Unsere Karte zeigt das Verhältnis der westlichen Randvölker Rußlands in bezug auf Bodenverteilung und Stammesangehörigkeit.

Dem „Tag“ zufolge drängt die Lage der von Deutschland ihre Rettung erblickenden Deutschen und Esten in

Litauen und Estland der Katastrophe zu, wenn nicht Rettung in letzter Stunde kommt. In Reval sind von den Maximalisten 8000 Deutsche und Esten verhaftet worden. Die Frauen befinden sich getrennt von ihren Kindern; in Dorpat wurden etwa 280 Männer verhaftet. Weitere Verhaftungen sind aus Jellin gemeldet. Der gesamte deutsche Adel ist für vogelfrei erklärt. Währenddessen agitiert England weiter und bedingt sich die militärische Verfügung über die Häfen des Landes als Gegenleistung aus.

## Der Krieg zur See.

Der deutsche U-Bootskrieg.

Berlin, 14. Febr. (Amtlich.) Außer den gestern veröffentlichten Erfolgen unserer U-Boote im östlichen Mittelmeer sind nach neuingegangenen Meldungen auch solche im mittleren Teil des Mittelmeeres erzielt worden, durch die besonders der Transportverkehr nach Italien betroffen wurde. Drei Dampfer und drei Segler fielen hier unseren U-Booten zum Opfer. Die Dampfer, von denen zwei bewaffnet waren, wurden sämtlich aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Von den versenkten Seglern hatten zwei Papiermasse, einer Holz geladen. — Am 31. Januar hat eines unserer U-Boote die chemische Fabrik Arenella bei Palermo auf nahe Entfernung erfolgreich beschossen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

### Frankreichs beschränkte Zufuhr.

Wie der Mangel an Schiffsraum die Unterstützung Frankreichs durch überseeische Länder unterdrückt, ergibt sich aus den Verhandlungen der französischen Kammer. Der Unterstaatssekretär Rimier erklärte, es sei ihm gelungen, den Frachtpreis von Frankreich nach Algerien bedeutend herabzusetzen, die neutrale Schifffahrt habe aber daraufhin die Fahrten eingestellt, weil ihr der Höchstpreis zu niedrig sei. Die Schiffe aus dem fernen Osten mußten zurückgezogen werden. Der Verkehr mit Indo-China vermittelt nur noch monatlich ein Dampfer. Der Abgeordnete Bouffier gab bekannt, daß am Jahreschluß fast eine Million Tonnen Ware, davon die Hälfte Rohmaterial und Kriegsgüter, in den fernen Kolonien unbesördert liegen bleiben mußten.

### Kleine Kriegspost.

Berlin, 14. Febr. Nach zuverlässigen Nachrichten hat die französische Regierung eine Bestimmung erlassen, die den Militärgesellschaften verbietet, sich bei den französischen Reglementen aufzuhalten, da man ihren Einfluß fürchtet.

Berlin, 14. Febr. Wie von ausländischer Seite gemeldet wird, sind die rumänischen Unterhändler, die zunächst über die Verlängerung des Waffenstillstandes verhandeln sollten, heute an ihrem Bestimmungsorte eingetroffen.

Wien, 14. Febr. Die ukrainische Rada hat die sofortige Demobilisierung der Armee verkündet und die Räumung des ukrainischen Gebietes von den russischen Truppen angeordnet.

Amsterdam, 14. Febr. In Warschau wird Großbritannien eine neue große Kriegsanleihe ausgeben, und zwar handelt es sich diesmal um 40 Milliarden Schilling. England ist genötigt, den Geldbedarf auch von zwei anderen alliierten Staaten auf sich zu nehmen.

Rotterdam, 14. Febr. In London fanden in den letzten acht Tagen täglich große Kundgebungen zugunsten des Friedens statt. Auch abends finden Versammlungen statt, die von Tausenden von Arbeitern besucht werden. Die kommenden Arbeiterkongresse werden sich zweifellos mit einem starken Drang nach Frieden zu befassen haben.

Genf, 14. Febr. Das Patrouillenkreuz „Chouave“ ist im Nebel zerstückelt. Biergebirge Moron der Besatzung sind gerettet.

## Vom Tage.

Die Besprechungen im Großen Hauptquartier.

Berlin, 14. Febr. Die Besprechungen im Großen Hauptquartier, die gestern zwischen dem Reichskanzler,

dem Vizekanzler v. Bahr und dem Staatssekretär v. Kühlmann, dem Generalfeldmarschall von Hindenburg und dem General von Ludendorff stattgefunden haben, haben eine völlig einmütige Auffassung der Lage gezeitigt und zu einer völligen Übereinstimmung der militärischen und politischen Leitung geführt.

Frankfurt a. M., 14. Febr. An den gestrigen Besprechungen im Großen Hauptquartier nahmen außerdem bereits genannten Persönlichkeiten noch für die Marine Hofendorff und von Capelle teil. Der Staatssekretär des Auswärtigen von Kühlmann und der Vizekanzler von Bahr lehrten gestern abend mit Hindenburg ins Große Hauptquartier zurück. Die Besprechungen dauerten mit einer halbstündigen Unterbrechung von nachmittags 3 Uhr bis 1/8 Uhr abends.

### Cadorna über die militärische Lage.

General Cadorna, der zur Vernehmung durch den militärischen Untersuchungsausschuß nach Rom zurückberufen wurde, äußerte vor der Abreise aus Versailles, die dortigen Kriegsratkonferenzen hätten die militärische Rückwirkung des Friedenszustandes an der russischen Front schon im voraus in Rechnung gezogen. Die Entente behalte trotz der Verschlebung großer deutscher Streitkräfte nach der West- und Alpenfront ein zahlenmäßiges Übergewicht. Auch ein mögliches Freiwerden der Armee Madensens infolge wahrscheinlicher Waffenstreckung Rumäniens sei bereits in Rechnung gestellt und alle Gegenmaßnahmen getroffen. Die italienische Presse sucht Trost in der Hoffnung auf die hinterlistigen Pläne der Maximalisten, auf die Bildung einer revolutionären Armee und Zwistigkeiten zwischen der Ukraine, Rumänien und Bulgarien sowie auf die falsche Rechnung der Mittelmächte betr. Verproviantierung durch die Ukraine.

### Die Kriegsbrede des Ministerpräsidenten Orlando.

Die Kriegsbrede des Ministerpräsidenten Orlando, der nun auch auf die letzten Reden des Grafen Cernin und des Grafen Hertling geantwortet hat, enthält nichts wesentlich Neues. Sie stellt die alten Kriegssätze auf, bezeichnet den Anspruch auf alle Kriegshäfen Österreichs als Idealismus und Vaterlandsverteidigung und weist darauf hin, daß die Ziele des Verbandes sicher mit Hilfe Amerikas erreicht werden. Infolge eines Zwischenfalls mit den Sozialisten kam es zu stürmischen Szenen, so daß die Sitzung aufgehoben werden mußte und die Rede Orlando's völlig verpuffte.

### Lebensmittelpnot in der Schweiz.

Angefaßt der Lebensmittelpnot in der Schweiz sind hinsichtlich des Besuchs von Familienangehörigen der Internierten in der Schweiz Einschränkungen notwendig geworden. Die Zentralstelle für Fremdenpolizei beim schweizerischen Justizdepartement hat eine Mitteilung an die Konsula und Gesandtschaften der Schweiz im Auslande erlassen, wonach das Visum für die Reise in die Schweiz nur noch den nächsten Angehörigen, also Eltern, Bräuten und Kindern, höchstens zwei bis drei Personen, zu einem Aufenthalt von höchstens 14 Tagen zu erteilen ist. — Schätzungsweise sind zurzeit bei 30 000 Internierten 50 000 Angehörige in der Schweiz wohnhaft, so daß die Internierung der fremden Kriegsgefangenen der Schweiz die Ernährung von annähernd 100 000 Menschen ausserlegt.

### Graf Cernin wird antworten.

Wien, 14. Febr. Graf Cernin wird in der nächsten Zeit auf die Rede Wilson's antworten. (Wahrscheinlich wird auch eine deutsche Antwort erfolgen.)

### Wird Hoch Generalissimus?

Zürich, 14. Febr. Aus französischen Andeutungen geht hervor, daß General Hoch immer mehr in den Vordergrund tritt, so daß man schon in Kürze in ihm den Nachfolger des Generalissimus Petain erblicken dürfte.

### Oberst Reppington verhaftet.

Genf, 14. Febr. Oberst Reppington, der Mitarbeiter der „Morning Post“, wurde wegen gefahrdrohender Veröffentlichung angeblich geheimer Beschlüsse der Versailler Konferenz verhaftet. Man erblickt darin wiederum den geheimen Einfluß Lord Northcliffes auf die Regierung. Solange Reppington

## Die Schule des Lebens.

Original-Roman von Leonhard Rejner.

53. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Ich hätte Ihnen Besuch doch lieber nicht annehmen sollen.“

„Wie verließ ich das?“

„Haben Sie mein Telegramm bekommen?“

„Ja, und ich wollte Ihnen, Ihrem Herrn Vater herzlichst Glück wünschen.“

„Können Sie etwa abends nicht kommen?“

„Das — das hängt noch von etwas anderem ab.“

„So zum Beispiel von einer Unterredung?“

„Ja, von einer Unterredung.“

„Mit mir?“ — „Mit Ihnen.“

„Sie sind ein recht leichtsinniger Mensch.“

„Wie?“

„Nehmen wir an, die Unterredung nimmt ein schlechtes Ende, dann kommen Sie nicht, und dann ist die ganze Stimmung zerstört. Es zeugt von einem großen Selbstbewußtsein, daß Sie gerade heute kommen.“

„Aber, gnädiges Fräulein, wenn mich mein alter Oberst ruft — ich meine, dann muß ich wohl gehorchen.“

„Ja gewiß, aber Sie brauchen auch nur zu gehorchen, wenn Sie können.“

„Wenn ich kann?“

„Nun gewiß, es könnte Ihnen etwas dazwischen kommen. Stellen Sie sich einmal vor, Sie bekommen gerade heute abend, so gerade, wenn Sie Toilette machen, einen wunderbaren Storch geschickt.“

„Ach, das wäre reizend. Ich will den Storch gut aufnehmen und dann kommen.“

„Es war Ihnen eigentlich beiden ganz heiter zumute. Aber Theo sprach nun ganz offen:“

„Fräulein Silde, sind wir gute Freunde gewesen?“

„Ja.“ — „Gut. Ich komme heute nachmittag, um Sie um Ihre Hand zu bitten. Möglicherweise schlagen Sie meine Werbung aus. Aber Sie werden mich doch nicht verachten — nur weil ich um Sie warb.“ — „Nein.“ — „Nun, und ich würde Ihnen auch nicht zürnen, wenn Sie nein sagen. Denn das geschähe doch nicht aus Mischachtung, sondern

weil Sie mich nicht lieben.“ — „Richtig.“ — „Also, wenn Sie sagen, heiraten kann ich Sie nicht“, dann sage ich „gut“. Erledigt. Reden wir nicht darüber und bleiben wir gute Freunde.“ — „Das geht nicht.“ — „Was sollte uns daran hindern?“ — „Der Schmerz, den Sie um meinen Verlust empfinden.“

„Theo mußte laut aufschauen, denn Silde hatte das mit bewußter Drohete gesagt. Aber plötzlich wurden beide wieder ernst.“

„Und warum mußten Sie mich vor dem heutigen Abend sprechen?“

„Das ist ganz einfach. Ich nehme an, daß Sie bereits in den nächsten Tagen abreisen werden. Und da dürfte ich keine Minute verlieren. — Ich hätte ja gewiß auch später noch Gelegenheit gefunden, Sie zu sprechen. Aber die Unruhe trieb mich her.“

„Also was wünschen Sie mir zu sagen?“

„Sind noch Worte nötig? Sie wissen ja, wie es steht. Nur ich weiß es nicht.“

„Ist Ihnen das nicht verdächtig? Aus Ihren Mienen, Ihren Worten spricht alles deutlich und vernünftig, aber — aus mir werden Sie nicht klug. Würden Sie es nicht wissen, unschlagbar wissen, wenn ich Sie liebte?“

„Fräulein Silde, und selbst wenn ich wüßte, dürfte ich mir nie erlauben, darauf zu pochen — und Ihren Besuch wie ein Recht zu fordern.“

„Ja, unbedingt.“ — Ihre Blicke kreuzten sich wie zwei Klängen — im nächsten Augenblick aber schloß sich Silde fest umschlungen.

„Empört sich sie sich los.“

„Was fällt Ihnen ein?“

„Theos Hand zitterte.“

„War es unecht, was ich tat? — War es schlecht von mir?“

„Nein — ja!“

„Nein, es war höchstens dumm. Ich fühlte mich einfach in Ihnen. Ich glaube, daß Sie mich lieben, und deshalb nahm ich Sie wie mein Recht. Nun habe ich mich getäuscht. Aber Sie sind schuld daran, wenn ich aus meiner falschen Ansicht die Konsequenzen zog.“

„Silde schwieg. Ihr Gesicht war fieberhaft gerötet. Es stürzte in ihr, aber kein Wort kam über ihre Lippen.“

„Nun, gnädiges Fräulein“, sagte Theo tieftraurig.

„Bleibt mir nichts weiter übrig, als Sie um Verzeihung zu bitten. Können Sie vergessen, was ich tat?“

„Ja“, hörte sie leise zurück.

„Nun — dann leben Sie wohl.“

Theo verbeugte sich und wandte sich der Tür zu. Ein herrliches Wort rief ihn zurück.

„Gut von Sie!“

„Gnädiges Fräulein?“

„Unsere Rechnung ist noch nicht zu Ende.“

Theo sah sie ernst, fast vorwurfsvoll an. Dann sagte er: „Gnädiges Fräulein, ich bin hierher gekommen, um Sie um Ihre Hand zu bitten, nicht um Ihre Liebe oder Ihren Haß mit mir erst zu erwerben. Entweder befaß ich Ihre Liebe bereits — oder ich befaß sie nicht. Die paar Worte ändern daran nichts. Sie haben mir nun gesagt, daß Sie mich nicht lieben, und ich meine, alle anderen Worte sind überflüssig.“

Da rannen die Tränen aus Silde's Augen, ein Schluchzen erschütterte ihre Brust. Sie wandte sich von ihm ab, und indem sie ihr Gesicht in die Hände barg, stotterte sie: „Weiß ich es denn selbst?“ Da kam es ihr ein großer Glücksrausch über Theo. Aber er hielt sich zurück, er wußte — so ganz mit Temperament war Silde nicht zu gewinnen. Und dann — er hatte ihr noch anderes zu sagen. „Darf ich noch einmal sprechen — das sagen — was ich eigentlich sagen wollte?“ — „Ja.“ — „Nun gut. Sehen Sie, Fräulein Silde, bevor ich Sie mit gutem Gewissen um Ihre Hand bitten darf, muß ich etwas erwähnen, einen Namen — Franziska Dehn.“

Witzschnell wandte sich Silde zu ihm um.

„Es ist wahr, daß ich eine kurze Zeit lang mein Herz an Franziska Dehn vergeben hatte. Und ich gestehe, daß ich vielleicht Franziskas Mann geworden wäre, wenn es das Schicksal und — Frau von Rohmann nicht besser mit mir gemeint hätten. Aber heute fühle ich, daß ich immer nur Sie liebte — nur Sie! Ich habe Ihnen einst geschworen, weil Sie mir leichtsinnig und oberflächlich erschienen, daß ich aber Ihren wahren Wert erkannte — da liebte ich Sie mit vollem Bewußtsein tausendmal inniger, als ich Sie früher stumpf und bewußtlos geliebt hatte.“

Er hielt einen Augenblick inne. „Glauben Sie mir, Fräulein Silde?“ — „Ich glaube Ihnen.“

„Und noch etwas muß ich mit Ihnen besprechen:“



die Northcliffe geborene „Limes“ Fried. konnte er machen, was er wollte; jetzt, nachdem er zur „Morning Post“ gegangen ist, sucht man ihn unschädlich zu machen.

**Keine Nachfrage nach rumänischen Papieren.**  
Kopenhagen, 14. Febr. Wie aus Paris gemeldet wird, meinten sich die dortigen Banken, rumänische Schecks einzulösen. Auf der Börse werden alle rumänischen Papiere gelassen.

**Pour le mérite.**  
Berlin, 14. Febr. Der Kaiser hat dem Oberleutnant von Duth und dem Hauptmann Seiler den Orden pour le mérite verliehen.

**Voto zum Tode verurteilt.**  
Paris, 14. Febr. Voto ist einstimmig zum Tode verurteilt worden. Prochere wurde zu 3 Jahren Gefängnis, Caballini in contumaciam zum Tode verurteilt.

## Der Kampf um das preuß. Wahlrecht.

Beginn der Ausschussberatungen.

Berlin, 14. Februar.  
Heute begann der Verfassungsausschuss des Abgeordnetenhauses die Beratung der Wahlrechtsvorlage. Paragraph 1 sieht das Wahlrecht jedem Preußen, der die Staatsangehörigkeit seit wenigstens drei Jahren besitzt und das 25. Lebensjahr vollendet hat, in der preussischen Gemeinde, in der er seit einem Jahre seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. In Gemeinden, die in mehrere Wahlbezirke geteilt sind, tritt der Wahlbezirk an die Stelle der Gemeinde. Jeder Wähler darf nur an einem Orte wählen. Für aktive Militärpersonen mit Ausnahme der Militärbeamten ruht das Wahlrecht.

**Anträge.**  
Die Konservativen beantragen für die einjährige Ortsangehörigkeit die dreijährige zu setzen. Ein national-liberaler Antrag will folgende Bestimmung einfügen: „Auf die Teilnehmer an gegenwärtigen Kriegen findet für die erstmalige Wahl auf Grund dieses Gesetzes die Voraussetzung des einjährigen Wohnsitzes oder Aufenthaltes in der Gemeinde oder dem Wahlbezirke keine Anwendung.“ Die Fortschrittliche Volkspartei beantragt, die Bedingung der dreijährigen Staatsangehörigkeit zu streichen, für die einjährige Ortsangehörigkeit eine solche von 6 Monaten zu setzen und auch den Satz zu streichen, daß der Wahlbezirk an die Stelle der Gemeinde tritt, wenn diese in mehrere Wahlbezirke geteilt ist. Der Sozialdemokrat beantragt, das Wahlrecht jedem Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts nach Vollendung des 20. Lebensjahres in seiner preussischen Wohngemeinde zu geben und im Falle der Ablehnung dieses Antrags nur eine einjährige Staatsangehörigkeit zu fordern, sowie die Erziehung der Gemeinde durch den Wahlbezirk zu streichen. — Nach der Begründung der Anträge erklärt

**Minister des Innern Dr. Drews:**  
Die einjährige Aufenthaltsfrist ist auch in Elbst-Vorbringen vorgelegen und sie genügt. Eine dreijährige Aufenthaltsfrist würde die Allgemeinheit des Wahlrechts erheblich einschränken, und das will die Regierung nicht. Das Wahlalter von 25 Jahren entspreche der Reichsverfassung und darunter kann man nicht gehen. Was das Frauenwahlrecht anbelangt, so ist die Stellung der Frau von der des Mannes tatsächlich verschieden und muß es sein. Durch die Eineinsetzung der Frau in die Politik würde man ihr die Erfüllung ihrer wichtigsten Aufgaben, ihrer Mutter- und Erziehungspflichten, unmöglich machen. Die Erziehung der Gemeinde durch den Wahlbezirk besteht sich in der Hauptsache auf Berlin und soll ein Ein- und Verschleiden der Wähler kurz vor der Wahl verhindern. Dem national-liberalen Antrag stimmt die Regierung grundsätzlich zu, er gehört jedoch in die Übergangsbestimmungen.

Nach einer weiteren Auseinandersetzung, in deren Verlauf der konservative Antrag zurückgezogen wird, erfolgt die Annahme des Paragraphen 1 in der Regierungsfassung. Alle Abänderungsanträge werden abgelehnt. Einstimmig wird der national-liberale Antrag betr. die Kriegsteilnehmer zum Beschluß erhoben.

**Ausschluß vom Wahlrecht.**  
Paragraph 2 zählt diejenigen Personen auf, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. National-liberale und konservative Anträge wollen den Kreis dieser Personen erweitern, wobei es sich namentlich um mit Gefängnis oder Zuchthaus über drei Monate bestrafte handelt. Das Zentrum beantragt über drei Monate bestrafte für 5 Jahre. Außerdem beantragen die Konservativen die Einfügung eines § 2a, wonach auf die Dauer von 5 Jahren vom Wahlrecht ausgeschlossen werden Personen, die wegen verurteilender

meine finanzielle Lage“ — „Nein.“ — „Ja, das muß sein. Ich habe etwas Vermögens, nicht gerade viel, aber es bringt doch 2000 Mark Rente im Jahr. Mein Verdienst ist vorläufig auch nicht groß... kaum mehr als 4000 Mark im Jahr. Aber ich habe mich in meiner Stellung bewährt. Mein Chef hat mir die Dauer des jetzigen Zustandes festgesetzt. 6000 Mark ist nicht gerade glänzend. Aber ich — meinerseits — könnte mich in einem Haushalt von entsprechendem Umfange durchaus glücklich fühlen.“

Da reichte sie ihm einfach die Hand und sagte: „Ich mich auch.“ Noch einen Augenblick, dann sanken sich die beiden Liebenden in die Arme.

Am Abend ging es hoch her bei Generalmajors. Das glückliche Brautpaar saß in der Mitte der Tafel. Und die Glückwünsche nahmen kein Ende.

Nach Tisch zog Rothmann den General in ein leeres Zimmer. „Lieber Freund, wir müssen noch etwas Wichtiges besprechen.“ — „Bitte, gern zu Diensten.“ — „Es handelt sich um die Zukunft Ihres Schwiegersohnes. Ich bin nämlich der Überzeugung, daß ein Mann wie Siegel zu viel Fähigkeiten hat, als daß man sie in kleinen kaufmännischen Betrieben vergeuden dürfte. Um wiederum bei mir eine gute Stellung einzunehmen, dazu bedarf es größerer Kenntnisse. Es würde auch nach dem Skandal, den wir einmal erlebt hatten, nicht ratsam sein, Siegel sofort in die Firma aufzunehmen. Ich bin daher dafür, daß Theo erst auf der Handelshochschule einige Jahre studiert, dann vielleicht noch ein Polytechnikum besucht, schließlich in anderen Stellen, vor allem in der Welt sich umsieht. Dann soll er im Hause Rothmann die Stellung finden, die seine Zukunft bedeutet.“

Das Gesicht des Generals blühte auf:

„Und noch etwas — aber Sie dürfen es mir nicht abnehmen, alter Freund. Wir kennen unsere Verhältnisse ja ganz genau. Die Firma Rothmann Söhne wird Ihnen Schwiegersohn ausbilden lassen. Keine Widerrede — nur ja oder nein.“

„Ja.“

25. Kapitel.

Zwei Jahre waren vergangen. Jahre des reinsten Glückes für Theo und Hilde. Jahre des Glücks und der

Beitritzung, vorläufiger Währungs- oder Währungs-Bruch zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt sind.

**Die Regierung für mildere Auffassung.**  
Minister des Innern Dr. Drews findet den Gedanken der Anträge richtig. Die Regierung schlägt ja auch vor, diejenigen vom Wahlrecht auszuschließen, die öffentliche Ämter nicht bekleiden dürfen. Ob man aber so weit gehen könne, wie die Antragsteller wollen, sei zweifelhaft. Eine ganze Reihe von Straftaten sei erklärlich aus dem Mangel des Lichts und sie seien das Ergebnis einer einmaligen Verirrung, die eine einmalige bleiben könne. Eine ganze Anzahl Verurteilter könnte wieder zu einem regelrechten Leben zurückkehren. Einmaligen Gelegenheitsverbrechen dürfe man nicht dauernd das Wahlrecht nehmen. Wenn man aber einem Vorbestraften für eine gewisse Zeit das Wahlrecht entziehe, so wäre das gewissermaßen ein Denkfessel und erscheine annehmbar.

Nach weiterer Aussprache werden sämtliche Anträge einem Unterausschuss überwiesen.

Am nächsten Montag wird die Frage des Wahlrechts mit Paragraph 8 zur Behandlung kommen. Dann liegt ein konservativer Antrag vor, nach dem das Abgeordnetenhaus 450 Mitglieder haben soll. Davon sollen 235 aus allgemeinen, geheimen und direkten Wahlen nach dem Mehrstimmensystem hervorgehen, während 214 durch berufliche, geheime und indirekte Wahlen besetzt werden sollen.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

\* Der Fortbestand der Reichstagsmehrheit scheint entgegen anders lautenden Meldungen gesichert zu sein. Am Mittwoch fand eine interfraktionelle Besprechung im Reichstage statt, an der wiederum die national-liberale Fraktion nicht teilnahm, weil die Beschlussfassung über die weitere Stellung der National-liberalen erst am 19. d. Mts. stattfindet. Dagegen waren Vertreter des Zentrums, der Sozialdemokratischen Fraktion und der Fortschrittlichen Volkspartei anwesend. Die Besprechungen sollen fortgesetzt werden. In politischen Kreisen nimmt man an, daß, wie immer die national-liberale Fraktion sich zur Reichstagsmehrheit stellen wollen, diese drei Parteien an ihrer bisherigen gemeinsamen parlamentarischen Taktik festhalten wollen. Man wird nicht selbigen in der Annahme, daß sich die heutige interfraktionelle Besprechung mit der Witschens Rede und mit den letzten Ereignissen in Breslau befassen hat.

\* Im sächsischen Verfassungsausschuss erklärten sich sämtliche Parteien außer den Konservativen für den national-liberalen Antrag, der das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht mit zwei Zusatzstimmen für Alter und Familienstand, nicht aber für Vermögen, Bildung und Einkommen verlangt. Die Abstimmung erfolgt in der nächsten Woche. Die Annahme des Antrags dürfte genügt sein. Die Fortschrittler beantragen außerdem die Neuordnung des Beamtenrechtes.

\* Wie zurückgekehrte deutsche Missionare berichten, wurden Mitte des Jahres 1918 die Regierungen der deutschen Kolonien Togo von der englischen Regierung aufgefordert, entweder englisch zu werden oder eine Erklärung abzugeben, daß sie auch künftig deutsch bleiben wollen. Die, welche sich für das Deutschbleiben erklärten, wurden ausnahmslos mit Zwangsarbeit bestraft. Diese wohlverbürgte Tatsache ist ein Beweis dafür, wie die englische Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen in den Kolonien aufsaugt. Nach den Beobachtungen der Missionare haben übrigens die englischen Zwangsmassregeln nichts gefruchtet. Der größte Teil der Togo-neger ist nach wie vor von dem Wunsch befeuert, daß möglichst bald wieder an Stelle der englischen Regierung die deutsche treten möge.

**Osterreich-Ungarn.**

\* Wegen der Abtretung polnischen Gebietes an die Ukraine wandte sich eine Versammlung der Vertreter aller polnischen Parteien in Krakau. Es wurde eine gemeinsame Protesterklärung beschlossen. Während der Beratungen wurden auf dem Wege vor dem Magistratsgebäude und auf den Straßen große Kundgebungen veranstaltet, wobei im Bureau des obersten Nationalkomitees die Fenster eingeschlagen wurden.

**Rumänien.**

\* Einer Absichtserklärung Rumäniens von der Politik

Arbeit. Sie wohnen im schönen Frankfurt am Main. Dort lebten sie ganz zurückgezogen von allem Verkehr. Dort selten empfingen sie den Besuch Georg Parkers, der nur schwer aus seinen Studien loszureißen war.

Mit Georg war eine tiefe Bindung vor sich gegangen. Der einst so leichtsinnige Kavallerist war ein wütender Arbeiter geworden. Oft hatte Hilde gesagt: „Sie müssen sich doch auch ein bißchen Vergnügen gönnen.“

Und dann spielte wohl ein seltsames schmerzliches Rächeln um seine Lippen. Nur einmal sagte er: „Ich habe genug Vergnügen in meiner Jugend gehabt.“

Den Namen Franziska erwähnte Georg nie mehr. Die beiden jungen Kaufleute arbeiteten um die Wette, um die Schlussprüfung der Handelshochschule zu bestehen. Nur einmal hatte Theo in einem Brief an Frau von Rothmann Georg Parker erwähnt. Aber merkwürdigerweise hatte er auf diesen Passus nur die lakonische Antwort erhalten:

„Nachrichten über Georg Parker interessieren in München nicht.“

Damit war die Angelegenheit erledigt. Dann kamen die Examenstände, aus denen die beiden Konkurrenten mit glänzenden Ehren hervorgingen. Vater Branders, der gerade dienstlich nach München reisen mußte, konnte es einrichten, daß er einen Tag bei seinen Kindern verbrachte. Es war gerade der Examenstag. Theo, Georg und Hilde feierten eben ihren höchsten Erfolg mit einem kleinen Festmahl. Selbst Georg war heute ein bißchen aufgeregter.

Was aber nun, was soll nun werden? dachte er. Und sie berieten gerade alle drei, als der Vater unvermutet eintrat. Nun wurde die Freude laut und herzlich, daß sie Georg fast ein wenig weh tat. Er empfahl sich bald, und er war durch seine Rötigung zurückgehalten.

Georg führte seit einiger Zeit ein Tagebuch. In diesem Abend schrieb er die folgenden Worte ein: Der glücklichste Tag in meinem Leben. Der Erfolg meiner Arbeit ist wertlos. Erfolge sind wie die Töne einer Saite erst dann voll und rein, wenn sie in einem Resonanzboden ein Echo finden. Mein Leben ist ohne Echo, wie das Schlemmliß ohne Schatten. Ich bin nicht egoistisch genug, um über mich selbst glücklich zu sein.

(Schluß folgt.)

des Verbandes will eine Warnung vorbeugen, die die Befanden der Entente in Jassy der rumänischen Regierung überreicht haben. Die neue rumänische Regierung hat die Mitteilung der Befanden zur Kenntnis genommen, eine Gegenklärung aber nicht abgegeben. — Mit anderen Worten, man läßt die Sache auf sich beruhen.

**Aus In- und Ausland.**

Berlin, 14. Febr. Am 15. und 16. sind die Vertreter der verschiedenen Parteien zum Bismarcktag in Berlin zusammengekommen.

Berlin, 14. Febr. Abg. Gröber, der von mehrmonatiger Krankheit genesen ist, kehrt nach Berlin zurück, um die Führung der Zentrumsfraktion zu übernehmen.

Berlin, 14. Febr. Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat das Ehrenpräsidium der Nationalstimmung für die Unterbleibenden der im Kriege Gefallenen übernommen.

Berlin, 14. Febr. Sicherem Vernehmen nach begannen heute nachmittags im Auswärtigen Amt Verhandlungen zwischen den Vertretern Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches über die Regelung der durch den Friedensvertrag angeknüpften wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mittelmächten und der Ukraine.

Leipzig, 14. Febr. Der Berliner bulgarische Gesandte Rizon überreichte, wie das „Leipz. Tagebl.“ erzählt, dem in Berlin anwesenden bulgarischen Ministerpräsidenten Radoslawow sein Entlassungsgesuch. Hervorgehoben ist dieses durch die von Rizon veröffentlichte Schrift über die Wünsche der Bulgaren, die in Wien sehr große Aufregung und Mißfallen erregt hatte.

Oslo, 14. Febr. Der immer härter werdende Lebensmittelmangel in England ruft immer ernstere Unruhen und Ausschreitungen im Zusammenhang mit den sich mehrenden Streiks hervor. So kam es in der letzten Hälfte des Januar in Cardiff, Newport, Manchester und Liverpool infolge Fleisch- und Kohlenmangels zu schweren Aufruhr-Szenen.

Stockholm, 14. Febr. Infolge der Berichte über die Unruhen auf Island und die Überfahrt schwedischer Untertanen nach Siglufskär wird eine Expedition ausgerüstet; ein großer Eisbrecher geht heute ab.

Stockholm, 14. Febr. 200 Vollchemiker wurden von der schwedischen Regierung ausgewiesen. Die russische Delegation unter Führung von Romenow wurde aufgefordert, ihren Aufenthalt abzufügen und Schweden so rasch wie möglich zu verlassen.

Zürich, 14. Febr. Der litauische Nationalrat in der Schweiz, der aus Vertretern des litauischen Landestages und der litauischen Emigration besteht, hat die Unabhängigkeitserklärung Litauens nicht nur dem deutschen Gesandten in Berlin, sondern auch den Vertretern aller anderen Mächte in der Schweiz übergeben.

Wellington (Neuseeland), 14. Febr. Der Finanzminister erklärte, die Vertreter Neuseelands seien beauftragt, auf der Reichskonferenz gegen die Herausgabe der Südeinseln an Deutschland zu wirken.

## Aus Nah und Fern.

Hersborn, den 15. Februar 1918.

Aus dem Kreisblatt.

**Schreiner- und Glaser-Zwangsinnung.**  
Die Abstimmungsliste über die Errichtung einer Zwangsinnung für das Schreiner- und Glaserhandwerk im Distrikte liegt in der Zeit vom 16. Februar bis einschl. zum 2. März ds. Js. zur Einsicht und Erhebung etwaiger Einsprüche der Beteiligten in den Diensträumen des Rgl. Landratsamts (Kreishaus) offen. Nach Ablauf dieser Frist angebrachte Einsprüche bleiben unberücksichtigt.

Unter der Schafherde in Wilgersdorf, Kreis Siegen, ist die Räude ausgebrochen.

\* Das Eisene Kreuz 2. Klasse erhielt der Musketier Heins vom hiesigen Teillazarett.

\* (Stadt-Theater Siegen.) Sonntag, 17. Febr., nachmittags 3½ Uhr: „Der Raub der Sabinerinnen“, Ende 6 Uhr; abends 7½ Uhr: „Sah ein Knab' ein Mädeln stehn“, Ende nach 10½ Uhr. Montag, 18. Febr., abends 7½ Uhr: „Ein unbefriedigtes Blatt“, Ende gegen 10 Uhr.

Weglar. Wie wir hören, wird der erste Transport ukrainischer Kriegsgefangener Ende dieser Woche von hier aus die Heimreise antreten. (W. Anz.)

**Biedenkopf.** Die neue Kreisordnung über die Abgabepflicht der Eier bestimmt folgendes: In der Regel sind für jedes Huhn 30 Eier abzuliefern, die sich wie folgt auf die einzelnen Monate verteilen: Im Februar 1, im März 3, im April 6, im Mai 6, im Juni 5, im Juli 4, im August 3 und im Sept. 2 Stüd. Hühnerhalter mit nicht mehr als 3 Hühnern, für die die Eierablieferung eine Härte bedeuten würde, können von der Ablieferungspflicht befreit werden. Dem Erzeuger hat die Sammelstelle für jedes Ei, das gebracht wird, höchstens 28 Pfg. und für jedes abgeholte Ei höchstens 27 Pfg. zu zahlen.

Weilburg. Die Stadtverordneten setzten den Vorschlag für die Landwirtschafsschule für 1918 in Einnahme und Ausgabe auf 83 400 Mark fest. Der Staatszuschuß beträgt 42 000 Mark, der städtische Zuschuß 10 000 Mark.

Cassel. Zur Klärung und Aussprache über die durch die letzten Arbeitsniederlegungen geschaffene Lage fand am 8. Febr. auf dem Generalkommando eine Besprechung des Chefs des Stabes des stellv. Generalkommandos, Obersten Freiherrn v. Zeita u. mit den Arbeiterausschüssen der wichtigsten Casseler Kriegsbetriebe, unter Zuziehung des Generalschaftssekretärs Orzesinski und des Schriftleiters Hauschild und im Beisein von Vertretern der königlichen Regierung statt. Der Chef des Stabes betonte, daß das Generalkommando besonderen Wert auf eine persönliche Aussprache mit den Arbeitern lege, um das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu fördern. Dem Generalkommando liege das Wohl der Arbeiterschaft am Herzen, an erster Stelle stehe aber das Wohl des Heeres und des Reiches. Dieses zu fördern und zu schützen, sei die Pflicht des Generalkommandos. Dank der besonnenen Haltung der Arbeiterschaft, seien die Arbeitseinstellungen im Korpsbezirk, die außer in



Cassel noch an zwei anderen Orten stattgefunden hätten, schnell und ruhig beigelegt worden. Die Militärbehörden hätten nirgends Veranlassung gehabt, mit scharfen Maßnahmen einzuschreiten. Diese Tatsache gebe dem Generalkommando Veranlassung, auch in Zukunft auf die Besonnenheit der Arbeiterschaft zu vertrauen und zu hoffen, daß das gute gegenseitige Einvernehmen bewahrt bleiben werde. Die Arbeitsniederlegungen hätten aber auch eine ernste Seite und bedenkliche Folgen gehabt. Sie seien begründet worden mit politischen Forderungen. Ob diese berechtigt seien oder nicht, solle hier nicht weiter erörtert werden; der Chef des Stabes spreche zu den Arbeitern nur als Soldat. Jedoch müsse betont werden, daß der Streik in diesem Augenblicke das ungeeignetste und verwerflichste Mittel zur Erreichung der gestellten Forderungen sei. Jedenfalls sei bei der Hauptforderung, dem Abschluß eines baldigen Friedens durch die Arbeitsniederlegungen gerade das Gegenteil von dem Erstrehten erreicht worden. Jeder erfahre den Frieden, aber nicht einen Frieden, den unsere Feinde wollen, der die Zerstörung Deutschlands, die Vernichtung unseres Handels und unserer Industrie zur Folge haben und die Arbeiter in erster Linie schädigen und brotlos machen würde. Ein Friede aber, der unsere Zukunft sichert, könne nicht plötzlich von heute auf morgen bewerkstelligt werden. Die Arbeitsniederlegungen haben nun den Willen unserer Feinde, uns ihre Kriegsziele aufzuzwingen gestärkt; das Frohlocken ihrer Zeitungen beweist, daß sie den inneren Zusammenbruch Deutschlands, auf den allein sie hoffen, da sie uns militärisch nicht niederzwingen können, nunmehr durch den Eintritt des Streiks für gekommen wännen. Es seien Heer und Reich durch den Streik geschädigt worden. Dies könne das Generalkommando nicht zulassen und könne daher in Zukunft unter keinen Umständen neue Arbeitsniederlegungen dulden. Es ergehe daher an die Anwesenden die Mahnung mit der Bitte, sie an ihre Arbeitsgenossen zu übermitteln, in Zukunft sich jeder Arbeitsniederlegung zu enthalten, da andernfalls der Kommandierende General sich gezwungen sehen würde, die ganze Schwere des Strafgesetzes und der durch den Belagerungszustand ihm verliehenen Machtvollkommenheiten zur Anwendung zu bringen. Es würde alsdann besonders gegen die Aufseher und Aufwiegler vorgegangen werden. Sie seien dem Generalkommando zum Teil bekannt, es wolle für die Vergangenheit aber noch nichts gegen sie unternehmen, da es das Vertrauen habe, daß die Arbeiterschaft ihre Ruhe und Besonnenheit in Zukunft voll bewahren und diesen Aufwieglern kein Gehör weiter schenken würde. Hieran schloß sich eine Aussprache, an der sich mehrere Vertreter der Arbeiterausschüsse sowie der Schriftleiter Hauschild beteiligten. Die Redner brachten ihren Dank für die Herbeiführung der Besprechung, wie für die ganze vom Generalkommando dem Streik gegenüber eingenommene Haltung zum Ausdruck und legten die Gründe dar, aus denen Teile der Casseler Arbeiterschaft in den Ausstand getreten seien. Die Absicht, Heer und Vaterland zu schädigen, habe ihnen, wie auch die schnelle Wiederaufnahme der Arbeit gezeigt, völlig fern gelegen. Der Streik sei plötzlich emporgesamt aus einer Stimmung der Arbeiterschaft heraus, die hauptsächlich durch das „herausfordernde Auftreten der Vaterlandspartei“ erzeugt worden sei. Für die Auffassung, daß der Ausbruch des Streikes mit Rücksicht auf seine Ausnützung durch das Ausland zu bedauern sei, hätten sie volles Verständnis; sie müßten aber festhalten an ihrer Ueberzeugung, daß die Verantwortung nicht sie treffe, sondern diejenigen, die die gereizte Stimmung in die Arbeitermassen hineingetragen hätten. Daß der Streik an sich nicht als ein geeignetes Mittel zur Erreichung dieser Ziele anzusehen sei, bekannten die Redner ebensowenig, wie die schädlichen Folgen des Streikes mit Rücksicht auf das Ausland. Der Vorsiehende wies abschließend darauf hin, daß es jedem freistünde, die Vaterlandspartei zu bekämpfen, daß aber auch dazu doch der Streik kein geeignetes Mittel sei, und der Kampf gegen die Vaterlandspartei nicht zu einem Kampf gegen das Vaterland werden dürfe.

Frankfurt a. M., 15. Febr. Das hiesige Schwurgericht verurteilte gestern den 18-jährigen Schmied Johann Beckfuß, der am 30. Dezember v. Js. den Schuhmann Ertl erschoss, wegen vorsätzlichen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus. Sein Gehilfe der Schlosser Wilhelm Rappes wurde wegen Einbruchdiebstahls zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Eppstein, 14. Febr. Heute nacht lösten sich auf dem Bahnhof Eppstein von einem Güterzuge mehrere Wagen los und rollten auf abschüssiger Straße abwärts. Die Wagen stießen schließlich auf den einfahrenden Nacht-Güterzug. Bei dem Zusammenstoß wurde ein Bremser getötet, mehrere Personen wurden verletzt. Der Schaden ist erheblich; der Eisenbahnverkehr auf der Strecke Limburg-Frankfurt ist vorläufig gestört.

Leipzig. Die Zahl der Aussteller bei der am 3. März beginnenden Frühjahrsmesse ist nach den bis heute vorliegenden Anmeldungen auf 3100 gestiegen. Es ist dies die höchste Zahl seit Kriegsbeginn. Sie übersteigt die Beteiligung an der letzten Herbstmesse um 600, an der Frühjahrsmesse 1917 um 700 Firmen. Die Gesamtzahl der am Geschäft beteiligten auswärtigen Besucher wird auf mindestens 50.000 veranschlagt.

o Vieh- und Kaninchenzählung am 1. März. Zur Viehzählung am 1. März 1918 hat der Bundesrat eine Ausführungsverordnung erlassen, die eine Zählung der im Deutschen Reich vorhandenen zahmen Kaninchen anordnet. Diese Feststellung geschieht im Interesse der Heeresverwaltung, weil die Felle der Kaninchen in steigendem Maße für den Kriegsbedarf Bedeutung gewinnen. Da eine besondere Zählung ausreicht nur mit

großen Schwierigkeiten durchführbar sein würde, erschien es angezeigt, sie mit der am 1. März 1918 vorgeschriebenen allgemeinen Viehzählung zu verbinden.

o Preise für Fruchtstücke. Die Kriegsgesellschaft für Obstkonfieren und Marmeladen hat Abgabepreise für Mutterläste und Fruchtstücke aller Jahrgänge veröffentlicht und den Absatz dahin geregelt, daß die bereits im Handel befindlichen Mengen auch weiter abgesetzt werden dürfen, es dagegen zum Absatz der noch beim Hersteller lagernden Stücke besonderer Genehmigung der Kriegsgesellschaft bedarf. Die Preise im Kleinhandel sind einheitlich und betragen für 1 Kilogramm Brombeeren, Erdbeeren, Himbeeren, Preiselbeeren, Johannisbeeren, Stachelbeeren und Heidelbeeren in einer Zusammenfassung von 40 Teilen Mutterlast und 60 Teilen Zucker 2,55 Mark, für 1 Kilogramm Himbeeren oder Preiselbeeren in einer Zusammenfassung von 85 Teilen Mutterlast und 65 Teilen Zucker 2,45 Mark. Für den Verkauf in Flaschen, die  $\frac{1}{2}$  bis 2 Liter enthalten, kann ein Aufschlag bis zu 0,65 Mark für die Flasche erhoben werden. Die Erzeugerpreise und die Preise für den Großhandel weisen bei den einzelnen Sorten von Mutterlästen und Fruchtstücken kleine Preisunterschiede auf, die sich aus den Gesehungskosten erklären.

**Letzte Nachrichten.**

**Der neueste deutsche Generalstabsbericht.**

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro. Amtlich.)  
15. Februar 1918.

**Westlicher Kriegsschauplatz.**

**Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.**

In einzelnen Abschnitten Artillerie- und Minen-tätigkeit. Abteilungen eines Matrosenregiments brachten von einem Erkundungs-Vorstöße gegen die belgischen Stellungen südwestlich von Mannekenvere 2 Offiziere und 26 Mann gefangen zurück.

**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.**

Nordwestlich und südlich von Reims rege Erkundungs-Tätigkeit des Feindes. In der Gegend von Brunah und südwestlich von Tahure entwickelten sich lebhafteste Artillerie-Kämpfe.

**Heeresgruppe Herzog Albrecht.**

Die Gesechtstätigkeit lebte im Oberesäß zeitweise auf.

Im Januar betrug der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 20 Fesselballons und 151 Flugzeuge, von denen 67 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind. Wir haben im Kampfe 60 Flugzeuge und 4 Fesselballons verloren.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Sudendorff.

**Der rumänische Frieden eine Frage von Tagen.**

Budapest, 15. Febr. (II) Der Wiener Korrespondent des „Ullgag“ hatte eine Unterredung mit einer Persönlichkeit, die an den Verhandlungen teilgenommen hat und u. a. folgendes sagte: Der Friede mit Rumänien ist nur mehr eine Frage von Tagen. Zur Ermöglichung des Transportes aus der Ukraine und zum Schutz der Stapelplätze für Lebensmittel werden wir wahrscheinlich der Ukraine militärische Hilfe bieten. Ueber die gegenwärtigen Ausnahmeverhältnisse zu Russland, sagte der Gewährsmann: Trost war gewiß von innerpolitischen taktischen Motiven geleitet, denn, wenn wir den aus Russland eintreffenden Nachrichten Glauben schenken können, sind die Tage der Bolschewiki gezählt.

**Ausdehnung der englischen Front in Frankreich?**

Haag, 15. Febr. (II) „Manchester Guardian“ schreibt: Falls Lloyd George, als er von der Verteidigung der Hauptstadt Frankreichs durch englische Truppen sprach, keine Phrase gemacht hat, so bedeutet das, daß England seine Front nun über St. Quentin hinaus mindestens bis jenseits Verdun ausbreiten wird, denn Verdun deckt stets Paris. Damit bringe England Frankreich eine große Erleichterung, nachdem nun in Lothringen eine amerikanische Front gebildet wurde.

**Verlängerung der englischen Front in Italien**

Rotterdam, 15. Febr. (II) Wie aus London gemeldet wird, sind die englischen Vintien an der italienischen Front östlich vom Montello-Hügel, entlang an der Piave ansehnlich verlängert worden und dehnen sich bis einige Meilen östlich der Stadt Nervesa aus.

**Militärische Hilfe für die Ukraine.**

Wien, 15. Febr. (II) Die Ukraine befindet sich infolge des Krieges in einem Zustand, der es ihr unmöglich macht, die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie im Friedensvertrag wegen der Lieferung ihrer Ueber-schüsse übernommen hat, wenn sie nicht Hilfe von außen erhält. Diese Hilfe wird ihr, wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, gegeben werden. Sie wird nicht nur technischer Art sein, zum Beispiel in der Stellung von Lokomotiven und Waggons bestehen, es könnte auch sein, daß ihr von den Mittelmächten zur Organisation eines Sicherheitsdienstes Hilfe geleistet wird. Die militärische Hilfe der Mittelmächte würde, wenn es erforderlich sein sollte, den Warenaustausch mit der Ukraine zu schützen, darin bestehen, wichtige Knotenpunkte und Stapelplätze gegen Ueberfälle durch Banden sicher zu stellen. Na-

türlich würde diese Hilfeleistung nur im Zusammenwirken mit den ukrainischen Behörden erfolgen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto B.

**Anzeigen.**

**Verkauf von Waren der Reichsbekleidungsstelle**

Die unterzeichnete Kreis-Bekleidungsstelle läßt Montag den 18. Februar an zunächst eine gewisse, von der Reichsbekleidungsstelle überwiesene Menge Kleidungsstücke zur ausschließlichen Erwerbung durch die minderbemittelte Bevölkerung des Distriktes in den nachbezeichneten Geschäften verkaufen und zwar

336 Stück Röcke für Frauen; Verkaufspreis 26.30 Mark

48 Jackenkleider; Verkaufspreis je 102,80 Mk.

144 Blusen; Verkaufspreis je 13.25 Mk.

50 Paar Kinderstrümpfe in verschiedenen Preislagen

**Verkaufsgeschäfte:**

In Dillenburg: C. F. Gerhard, (nur Blusen) A. H. König, C. Lazarose.

In Herborn: L. Hecht, G. W. Hoffmann, W. Biskamp.

In Haiger: Fr. Busch Nachf., C. Hoffmann, R. D. Mehl.

Der Verkauf erfolgt nur gegen Vorlage eines Bescheinigung und einer durch die Ortsbehörde ausgestellten Bescheinigung für die minderbemittelte Bevölkerung.

Die Kreis-Bekleidungsstelle, Wilhelmstraße 1, IV.

**Preiswerte Seidenstoffe für Blusen, Kleider, Röcke, Mäntel und Jackenkleider in grosser Auswahl. Ausstattungshaus Louis Lehr.**

**Lichtspiel-Theater (Saalbau Mehl) Herborn**

Sonntag, den 17. Februar nachmittags 4 Uhr abends  $\frac{1}{2}$  8 Uhr:

Amarant, Drama in 3 Akten.

Der Millionsucher. Lustspiel in 3 Akten.

Schmann als Tochter des Hauses.

Wie er sich Fische eroberte.

**2 Mädchen.**

Lüchtliges, braves Hausmädchen u. nettes Mädchen zum Servieren gesucht.

Joh. Müller, Radesheim (Rhein) Drosselgasse.

Älteres, zuverlässiges, sauberes, fleißiges, kinderliebendes Mädchen

**Mädchen**

wird zum 1. März nach Gießen gesucht.

Frau Lydia Neubig, Gießen, Ludwigstr. 30 L.

Gesucht zum 1. März oder früher tüchtiges Mädchen für Küche und Haus.

Frau Professor Schaum, Gießen, Bergstr. 5.

Jüngeres Dienstmädchen zum baldigen Eintritt gesucht.

J. Böfner, Paderborn, Dillenburg.

**fleisch-Küchen- und Aufbewahrungsschränke**

sind jedem Haushalt zu empfehlen. Lieferbar in div. Größen.

Carl Bald, Weidenau a. Siega.

**Gesunden:**

1. Baplergeld

2. Kinderpelztragen

3. Eine Geldbörse mit Inhalt

4. Eine gestrickte Mütze.

Die Polizei-Verwaltung.

**Girchliche Nachrichten.**

Sonntag, 17. Febr. (Innozenz) Herborn:

10 Uhr: Hr. Pfr. Weber. Lieder: 83, 71.

Beichte und heil. Abendmahl

1 Uhr: Kindergottesdienst.

2 Uhr: Hr. Pfr. Contrad. Lied 198.

Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr: Versammlung im Vereinshaus.

**Burg:**

1 Uhr: Kindergottesdienst.

**Hörbach:**

2 Uhr: Hr. Pfr. Weber.

**Tausen und Trauwungen:**

Hr. Pfr. Contrad.

Mittwoch  $\frac{1}{2}$  9 Uhr abends: Männer- und Junglingschor im Vereinshaus.

Donnerstag abends 6 Uhr: Vorbereitung für den Kindergottesdienst im 1. Pfarrhaus.

Herborn-Jelbach

10 Uhr: Herr Pfr. Contrad.

Vallersbach.

4 Uhr: Hr. Pfr. Bender.